Am Freitag, den 22.1.1993, wurde in Freiburg Kerstin Winter durch eine Paketbombe getötet. Um ca. 16.15 Uhr öffnete Kerstin das an sie adressierte, vor der Wohnungstür abgelegte Paket und wurde auf der Stelle getötet. Die zweite in der Wohnung anwesende Person wurde zum Glück nicht verletzt.

Kerstin (24 Jahre alt) war in Freiburg politisch tätig. Sie kämpfte mit den PGL (Punx gegen Langeweile) und der AZ-Initiative für ein autonomes Zentrum und war aktive Antifaschistin. Dieses Engagement war Teil ihres Kampfes für ein selbstbestimmtes Leben und eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

Wir wissen nicht wer Kerstin ermordet hat, doch wir vermuten das es ein faschistischer Anschlag war. Es war ein gezielter Anschlag mit der Absicht eine politisch aktive Frau zutöten. Wir interpretieren den Mord als Teil der von den Faschisten angekündigten Anti-Antifaaktionen. 100% sicher beweisen können wir es nicht. Die Spekulationen und Gerüchte über die Tat reichen von A-Z; und sollen bewußt den politischen und menschenverachtenden Mordhintergrund verschleiern.

Wir können die Tat nicht losgelöst von der gesamtgesellschaftlichen Situation sehen. Sie ist bestimmt durch das Wechselspiel zwischen hetzenden Politikern und Medien einerseits und den faschistischen Angriffen und deren Akzeptanz andererseits. 1992 wurden nicht nur 30 Menschen durch Faschisten getötet, sondern staatliche Naßnahmen haben den Terror immer begleitet oder gingen ihm voraus, u.a.

- Internierung der Flüchtlinge in Lager
- Deportationsabkommen mit Rumänien
- Entrechtung der AusländerInnen durch rassistische Gesetze
- Abschaffung des Artikels 16 Grundgesetz

Doch eines muß den Menschen hier klar sein; auch wenn alle Flüchtlinge aus Deutschland rausfliegen, wird es keine zusätzlichen Jobs geben, genausowenig werden die Löhne steigen und die Mieten billiger.

PolitikerInnen und Medien werden uns neue Sündenböcke anbieten. Alte, Kranke und Behinderte, weil sie angeblich zuviel kosten und sich nicht nach kapitalistischen Prinzipien verwerten lassen. Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, weil sie angeblich faule Schmarotzer sind. In unverschämter Dreistigkeit wird von Kohl und Waigel das Schlagwort vom "sozialen Wildwuchs" eingebracht, und die Volksgemeinschaft heraufbeschworen. "Teilen verbindet", denn es geht ja schließlich um das Gemeinwohl, was nichts anderes bedeutet, als daß die da oben noch fetter und die unten noch weiter an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden. Der Rechtsextremismus ist Bestandteil dieser Politik und vollzieht das, was mit "rechtsstaatlichen" Mitteln nicht möglich ist.

Deswegen darf antifaschistischer Widerstand nicht beim Nazi-Skin auf der Straße stehen bleiben, sondern muß sich auch gegen die Verantwort-lichen in Bundes- und Landtag, Regierungspräsidien und Rathäusern wenden. Wir alle sind aufgerufen diese Verhältnisse mit allen notwendigen Mitteln zubekämpfen.

## Wandelt Trauer in Wut und Wut in Widerstand!

